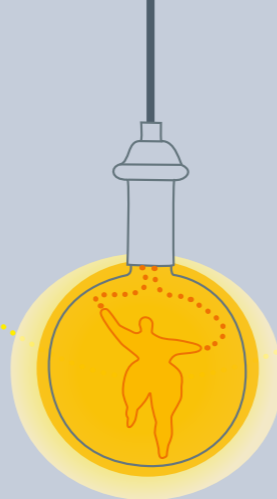




INFORMELL BESCHÄFTIGT, ABER NICHT SCHUTZLOS?



Informell beschäftigte Frauen in Thailand, Fotoserie "Images of Empowerment" von WIEGO

Über 740 Millionen Frauen arbeiten im informellen Sektor – welche soziale Sicherheit ist möglich?

Laut International Labour Organization (ILO) kommen nur 27 Prozent der Weltbevölkerung in den Genuss adäquater sozialer Sicherung. Über 50 Prozent der Weltbevölkerung haben überhaupt keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen¹. Die neuesten Zahlen der ILO² besagen, dass weltweit 61 Prozent aller Erwerbstätigen informell arbeiten. Der Anteil der informell Arbeitenden unter den Selbstständigen (own account workers) liegt sogar bei 86,1 Prozent. Die große Mehrheit der informell arbeitenden Frauen befindet sich im untersten Segment der Einkommen und hat völlig unzureichende Arbeitsbedingungen. Nicht alle sind arm, aber es gibt eine klare Korrelation zwischen Armut und informell Arbeitenden.

Karin Pape

Arbeit in der informellen Ökonomie kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Viele arbeiten als Hausangestellte, Straßenverkäufer_innen und Müllsammler_innen. Manche kommen nicht in den Genuss existierender sozialer Sicherungssysteme für Arbeitnehmer_innen, weil sie keinen Arbeitsvertrag haben; viele arbeiten selbstständig (own account) und sind aus dem arbeitnehmerorientierten System ausgeschlossen, oder sie gehören gar nicht zu den Zielgruppen, die soziale staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können, wie z. B. Kinder und Alte. Oft sind informell Arbeitende nicht arm genug oder gehören nicht zu der entsprechenden Altersgruppe, um in den Genuss staatlicher, sozialer Unterstützung zu gelangen.

Wer nicht arbeitet, hat kein Einkommen

Solange bestehende soziale Sicherungssysteme, wie Gesundheitsversorgung, Altersvorsorge, Arbeitssicherheit, Arbeitslosenunterstützung, Mutterschutz usw., an ein Beschäftigungsverhältnis gebunden sind, schließen sie informell Arbeitende aus. Die zentrale Aufgabe dieser Systeme ist es, einen Ausgleich dafür zu schaffen, wenn das Einkommen ausfällt, z. B. durch Krankheit. Für informell Arbeitende ist das Leben daher um ein Vielfaches riskanter: Wer nicht arbeitet, hat kein Einkommen –

egal aus welchem Grund. Im Falle von Krankheit bedeutet es, dass nicht nur das Einkommen fehlt, sondern auch zusätzliche Kosten für die ärztliche Versorgung entstehen. Auch die „besser Verdienenden“ in der informellen Ökonomie verdienen so wenig, dass sie kaum Reserven aufbauen können, um selbst für die Risiken des Lebens vorzusorgen.

Was ist zu tun?

Zunächst geht es darum, faire Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die die Mehrheit der arbeitenden Menschen im Globalen Süden in den Blick nimmt. Beitragsorientierte Systeme müssen solidarisch finanziert werden, d. h. durch mit dem Einkommen steigende Versicherungsbeiträge und/oder Zuschüsse aus Steuermitteln. Im indischen Bundesstaat Maharashtra haben die Kommunen z. B. eine zusätzliche Gebühr für die Anstellung eines *headload porters* (Gepäckträger_innen auf Märkten, die Waren auf dem Kopf transportieren) erhoben. Diese Gebühr wird in einen sozialen Sicherungsfond eingezahlt. Die Leistungen reichen von der Zahlung eines Minimallohnes über die Gewährleistung einer Krankenversicherung bis hin zu bezahlten Krankenständen³.

Thailand macht es vor

Ein Beispiel aus Thailand zeigt, dass wesentliche sozialpolitische Verbesserungen für Arme, und damit auch für arme informell Arbeitende, keine sozial-

romantischen Utopien sind. Seit der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung im Jahr 2001 hat Thailand erreicht, dass 76 Prozent der Bevölkerung (Zahl von 2016⁴) in den Genuss einer Grundkrankenversicherung kommen. Die ursprüngliche Regelung, dass jede(r) monatlich 30 Baht (ca. 0,90 Euro) bezahlen muss, wurde 2006 abgeschafft. Die Versicherung ist für jede(n) offen, die/der sonst keinen Zugang zu einer Krankenversicherung hätte⁵. HomeNet Thailand, eine Organisation von Heimarbeiterinnen, hat 2011 mit Hilfe vieler Verbündeter⁶ erreicht, dass es ein Heimarbeiter_innengesetz gibt, das u. a. Mindestlöhne garantiert. Im selben Jahr wurde auch ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung dazu verpflichtet, 30 Prozent von den Beiträgen, die von den versicherten informell Arbeitenden bezahlt werden müssen, zusätzlich in einen Fond einzuzahlen, womit ein Minimum an sozialem Schutz gewährleistet werden kann. Fairerweise muss erwähnt werden, dass der Basisschutz noch verbessert werden könnte, insbesondere was die Zugangsmöglichkeiten angeht. HomeNet Thailand berichtet uns, dass Frauen lange Wege zurücklegen müssen, um sich für den Basisschutz registrieren zu lassen. In dieser Zeit können sie nicht arbeiten und verlieren einen Teil ihres Einkommens. Zusätzlich gibt es Beschränkungen hinsichtlich des Zugangs zu teuren, aber notwendigen Medikamenten, z. B. im Falle von Krebserkran-

kungen. Die Arbeit von Frauen in der informellen Ökonomie wird oft nicht als Arbeit anerkannt. Heimarbeiterinnen z. B. sehen sich oft noch nicht einmal selbst als arbeitende Menschen. Diese Nicht-Anerkennung führt zu einer Nicht-Anerkennung der Rechte, die sie haben, und somit zu einem Ausschluss aus sozialen Sicherungssystemen. Die notorisch niedrigen Löhne zwingen die Frauen zu langen Arbeitszeiten. Hinzu kommt der Zeitaufwand für unbezahlte Care-Arbeit. Bezahlbare Kinderbetreuung steht deshalb auch im Globalen Süden ganz oben auf der Agenda von informell arbeitenden Frauen

Statt eines Resümees

Soziale Sicherungssysteme sind kein Allheilmittel, um schlechte Arbeitsbedingungen, Armutslöhne bzw. Armutseinkünfte aus Arbeit und mangelnde Arbeitsrechte auszugleichen. Oder um es anders zu sagen: Soziale Sicherungssysteme können nicht reparieren, was Deregulierungsmechanismen angeordnet haben – nämlich, dass Ansprüche und Leistungen aus bestehenden Sicherungssystemen zurückgefahren werden und es Staaten an Finanzkraft mangelt, um anderweitig für Ausgleich zu sorgen, weil z. B. Unternehmen und Reiche immer weniger Steuern bezahlen müssen. Dennoch ist es möglich, gerechtere soziale Sicherungssysteme zu entwickeln, wenn der politische Wille dazu da ist. Die ILO (R. 202 betreffend den innerstaatlichen sozialen Basisschutz) muss in nationale

Sozialpolitik umgesetzt werden, so dass auch Menschen im berufsfähigen Alter – unabhängig von einem Beschäftigungsverhältnis – von einem Basisschutz, wie z. B. Mutterschutz oder auch einer allgemeinen Krankenversicherung, profitieren können. Die Durchsetzung eines auf Rechten basierenden Ansatzes ist allerdings nur möglich durch starke Organisationen von informell Beschäftigten, wie das Beispiel aus Thailand zeigt.

Anmerkungen: 1 Social Protection/ILO: bit.ly/2JYJnZA // 2 ILO (2018), Women and men in the informal Economy: A Statistical Picture (third edition) // 3 Government of Maharashtra: bit.ly/2kHPYbo // 4 ILO/Thailand Universal Health-care Coverage Scheme: bit.ly/2PzRWcl // 5 WHO Bulletin: bit.ly/2kHHSQ5 // 6 WIEGO Winning Legal Rights for Thailand's Homeworkers: bit.ly/2kR642j

Zur Autorin: Karin Pape ist stellvertretende Direktorin des WIEGO Programms: Organisation und Repräsentation (Organizing and Representation Programme). Sie unterstützt die Selbstorganisationen von Hausangestellten, insbesondere in Europa und weltweit (International Domestic Workers Federation – IDWF – www.idwfed.org) und die Selbstorganisationen von Heimarbeiterinnen in Osteuropa und Zentralasien. Sie ist für WIEGO außerdem die Verbindungsfrau zur ILO. Seit vielen Jahren hilft sie Delegationen von informell Arbeitenden, sich aktiv an den jährlichen ILO Konferenzen zu beteiligen, damit ihre Stimmen gehört werden.